

Kommentar zum Beitrag von Kurt Edler

Kurt Edlers Beitrag zum Online-Fachtag enthält aus unserer Sicht der Netzwerkpartner*innen des Kompetenznetzwerks Demokratiebildung im Kindesalter einige streitbare Thesen. Auf Grund technischer Störungen war es am Fachtag selbst nicht möglich, darüber in die Diskussion zu gehen. Wir möchten daher hier einen kritischen Disput eröffnen, indem wir in folgenden drei Punkten als Kompetenznetzwerk widersprechen:

- In seinem Beitrag „Zum Zusammenhang gesellschaftlicher Entwicklungen und der Demokratiebildung von Kindern“ gilt Kurt Edlers Augenmerk dem politischen Hass extremistischer Gruppen, der über die Familien, die Peers und das Internet bei Kindern ankomme. Die gruppenbezogene Feindseligkeit unter den Kindern sei es, die den „inneren Frieden“ in der Schule störe und das Lehrpersonal in Panik versetze. In diesem Bild sind es die Kinder selbst, die die „Demokratie unter Druck“ setzen, indem sie Hass, Abwertung und Ausgrenzung von draußen in die pädagogischen Einrichtungen bringen. Letztere erscheinen gemäß Herrn Edlers Darstellungen dem Hass unter den Kindern hilflos ausgeliefert. Wir betrachten dies als eine Verdrehung bestehender gesellschaftlicher Machtverhältnisse. Zudem entbindet es die Lehr- und pädagogischen Fachkräfte ihrer Verantwortung in Bezug auf die Verankerung präventiver Maßnahmen, auf die stetige Selbstreflexion der eigenen Haltung und pädagogischen Alltagspraxis sowie auf die Sensibilisierung für Diversität, Vorurteile und Benachteiligungen in unserer Gesellschaft.
- Wenn es die Kinder selbst sind, durch die die „Demokratie unter Druck“ gerät, ist es folgerichtig, dass auch nur sie selbst etwas daran ändern können: Kurt Edler empfiehlt „demokratische Resilienz“ und meint damit „Unerschrockenheit“, mit der die Kinder „dem Überwältiger gegenüber“ NEIN sagen können. Der Überwältiger ist männlich, das Kind steht ihm alleine gegenüber – und soll sich wehren. Übermenschliche Kräfte muss es haben und alleine den Feinden der Demokratie widerstehen. Niemand anderes trägt Verantwortung, Erwachsene an der Seite von Kindern kommen in diesem Bild nicht vor. Die Erziehungs- und Bildungseinrichtungen als öffentlich verantwortete Lernorte spielen keine Rolle. Widerstand gegen Unrecht wird individualisiert und ausgerechnet Kindern – und indirekt damit auch ihren Familien – auferlegt. Wir unterstützen den Ansatz zwar sehr, Kinder darin zu bestärken, sich gegen Ungerechtigkeiten und Diskriminierung zur Wehr zu setzen. Jedoch tragen die Erwachsenen und der Staat die Verantwortung für ihre Beseitigung – dies entspricht auch und vor allem dem Sinne der Kinderrechte. Mit Kurt Edlers individualisierendem Zugang, der Kinder ungerechtfertigterweise die Verantwortung überstülpt, stimmen wir nicht überein.
- In der Aufzählung der Quellen, aus denen sich der Hass speise, von dem die Kinder beeinflusst sind, erwähnt Kurt Edler neben religiösem Fanatismus, Ultrationalismus, separatistischen Bewegungen, Fremdenfeindlichkeit auch „alle möglichen Formen von Identitätspolitik“. In dieser Verwendung übernimmt Kurt Edler die rechte Vereinnahmung des Identitätsbegriffs. Gleichzeitig übernimmt er damit die Ablehnung von „Identitätspolitik“ ohne Differenzierung. Ursprünglich bezeichnete der Begriff die emanzipatorischen Kämpfe von diskriminierten sozialen Gruppen für gleiche Rechte und gegen stigmatisierende Zuschreibungen und Benachteiligungen, wie etwa in der Arbeiterbewegung, der Frauenbewegung, der Bürgerrechtsbewegung. Da diese Kämpfe jeweils Demokratiedefizite offenlegten, sind sie für unser Demokratieverständnis

bedeutsam. Bezogen auf junge Kinder wissen wir, dass gesellschaftliche Anerkennung oder Diskriminierung einen großen Einfluss auf ihre Identitätsentwicklung hat und über gruppenbezogene Zuschreibungen funktioniert. Demokratiebildung muss diese Zuschreibungen und Demokratiedefizite aufdecken. Dazu gehört auch, dies bei Pippi Langstrumpf und Immanuel Kant zu tun, auf die sich Kurt Edler bezieht. Wir vermissen in seiner Analyse die Bezugnahme auf Diskriminierung und ihren Beitrag zur Herstellung und Aufrechterhaltung sozialer Ungleichheit.